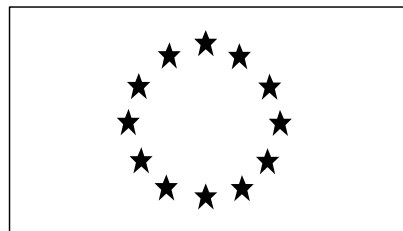


An das
Landesamt für
Ernährungswirtschaft und Jagd
Nordrhein-Westfalen
Münsterstr. 169

40476 Düsseldorf



Europäische Kommission
EAGFL
Abteilung Garantie

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

- ☐ aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe im Rahmen der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter landwirtschaftlicher Produkte.
- ☐ nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/99 des Rates vom 17.5.1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den EAGFL

1. Antragstellerin / Antragsteller

1.1	<input type="checkbox"/> Erzeugerzusammenschluss		<input type="checkbox"/> Unternehmen	
1.2	Name/Bezeichnung			
1.3	Anschrift		Straße, PLZ, Ort, Kreis	
1.4	Vertretungsberechtigte		Name, Vorname	
1.5	Auskunft erteilen:		Name, Tel. (Durchwahl), Telex, Telefax	
1.6	Bankverbindung		Kto-Nr.	BLZ
			Bezeichnung des Kreditinstituts	
1.7	Rechtsform			
1.8	Namen der Hauptkapitaleigner mit dem %-Satz ihrer Beteiligung	1		%
		2		%
		3		%
		4		%
1.9	Bitte ankreuzen ¹⁾		<input type="checkbox"/> Kleinstbetrieb <input type="checkbox"/> Kleinbetrieb <input type="checkbox"/> Mittelbetrieb	

¹⁾ Angabe, ob es sich um einen Kleinst-, Klein- oder Mittelbetrieb handelt, nach Erfüllung bestimmter Kriterien:
Kleinstbetrieb: Beschäftigte < 10, Jahresumsatz bzw. -bilanz < 2 Mio Euro
Kleinbetrieb: Beschäftigte < 50, Jahresumsatz bzw. -bilanz < 10 Mio Euro
Mittelbetrieb: Beschäftigte < 250, Umsatz < 50 Mio Euro, Bilanz < 43 Mio Euro

2. *Maßnahme*

2.1	Kurztitel	
2.2	Ort der Investition	
2.3	Durchführungszeitraum	
	voraussichtlicher Beginn des Vorhabens: Monat/Jahr	
	voraussichtliches Ende des Vorhabens: Monat/Jahr	

3. *Kosten*

Art	Betrag EUR	Fördersatz % ¹⁾	Beantragte Zuwendung EUR
3.1 Gesamtkosten			
3.2 Angaben ohne Einzelhandelsstufe			
3.2.1 Grund und Boden		<input type="checkbox"/> 40 <input type="checkbox"/> 35	
3.2.2 Gebäude und bauliche Anlagen		<input type="checkbox"/> 40 <input type="checkbox"/> 35	
3.2.3 Maschinen und Einrichtungen		<input type="checkbox"/> 40 <input type="checkbox"/> 35	
3.2.4 Investitionen für Vertriebsfahrzeuge durch Erzeugerzusammenschluss		40	
3.3 Angaben für die Einzelhandelsstufe			
3.3.1 Grund und Boden		40	
3.3.2 Gebäude und bauliche Anlagen		40	
3.3.3 Maschinen und Einrichtungen		40	
3.3.4 Investitionen für Vertriebsfahrzeuge durch Erzeugerzusammenschluss		40	

¹⁾ Zutreffendes bitte ankreuzen.

4. *Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung*

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) in 1.000 EUR					
		20.....		20.....		20..... und ff.	
		01.01.- 15.09.	16.09.- 31.12.	01.01.- 15.09.	16.09.- 31.12.	01.01.- 15.09.	16.09.- 31.12.
4.1	Gesamtkosten (Nr. 3.1)						
4.2	Eigenanteil:	Eigenmittel					
		Darlehen ²⁾					
4.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)						
4.4	Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 4.5) durch 						
4.5	Beantragter Zuschuss für:						
4.5.1	Investitionen ohne Einzelhandelsstufe						
	Grund und Boden (vgl. 3.2.1)						
	Gebäude und bauliche Anlagen (vgl. 3.2.2)						
	Maschinen und Einrichtungen (vgl. 3.2.3)						
	Vertriebsfahrzeuge durch Erzeugerzusammenschluss (vgl. 3.2.4)						
4.5.2	Investitionen auf der Einzelhandelsstufe						
	Grund und Boden (vgl. 3.3.1)						
	Gebäude und bauliche Anlagen (vgl. 3.3.2)						
	Maschinen und Einrichtungen (vgl. 3.3.3)						
	Vertriebsfahrzeuge durch Erzeugerzusammenschluss (vgl. 3.3.4)						

²⁾ Darlehensbestätigung mit Angabe der Darlehensbedingungen ist beizufügen.
Hinweis: Ggf. ist eine Zwischenfinanzierung der Zuwendung erforderlich.

5. *Investitionen in EUR* (Gliederung nach DIN 276)

Art der Kosten		Kostengruppe DIN	Betrag EUR
5.1	Grundstückswert	110	
5.2	Herrichten und Erschließen	210 bis 230	
5.3	Gebäudekosten bzw. Kaufpreis des Gebäudes	300, 400	
5.4	Außenanlagen	510, 521 bis 524, 530 ³⁾ sowie 540, 590	
5.5	Baunebenkosten	710 bis 740, 771	
Gesamtkosten			

Über diese Kostengruppen ist eine detaillierte Übersicht zu erstellen, die alle im Zusammenhang mit dem Vorhaben entstehenden einzelnen Kostenpositionen enthält (**s. auch Ziffer 13**). Diese Einzelansätze - aufgrund einer Kostenberechnung nach DIN 276 - sind Bestandteil des sogenannten Finanzierungsplans nach Nr. 1.2 ANBest-P und werden - ggf. nach Vornahme von Änderungen - Bestandteil des Zuwendungsbescheides, sofern eine Förderung bewilligt wird.

6. *Begründung des Vorhabens*

6.1 *Beschreibung des Vorhabens*

(mind. 1 Seite DIN A4)

u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, kurze Darstellung der Ziele, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren

6.2 *Nachweis der Umweltverträglichkeit des Vorhabens*

nach Maßgabe des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27.6.1985 (85/337/EWG Art. 3 ff.) über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten im Lande Nordrhein-Westfalen vom 29.4.1992 (GV. NW. 1992 S. 174)

6.3 *Auslastung der durch die Investition geschaffenen Kapazitäten*

durch über Lieferverträge gebundene landwirtschaftlichen Produkte aus ökologischem Landbau

6.4 *Vergleich der technischen Kapazitäten*

vor und nach Durchführung der Investitionen (Darstellung für Gesamtbetriebsstätte bzw. Produktionslinie bzw. Maschine)

³⁾ Nachweis der Zweckdienlichkeit

7. *Darstellung der wirtschaftlichen Lage des Antragstellers*

(ca. 1 Seite DIN A4, s. a. unter Nr. 13 Anlagen)

8. *Rohwareneinsatz des Vorhabens*

(Daten für die 5 Haupterzeugnisse)

8.1 *Rohwareneinsatz nach Durchführung des Vorhabens*

(s. Anlage 1 zum Antrag)

8.2 *Ursprung der Erzeugnisse*

Situation vor Beginn und nach Abschluss der Investition; es ist darzustellen, wenn Erzeugnisse mit Herkunft aus Drittländern, d.h. Länder außerhalb der EG, bezogen werden.

8.3 *Vorteile für die Erzeugerinnen und Erzeuger*

(Lieferverträge sind beizufügen)

9. *Verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse*

des Vorhabens (Daten für die 5 Haupterzeugnisse)

9.1 *Verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse nach Durchführung des Vorhabens*

(s. Anlage 1 zum Antrag)

9.2 *Darstellung der Absatzwege für die Erzeugnisse*

(Derzeitige und geplante Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse)

Beurteilung auf der geeigneten Ebene hinsichtlich vorhandener und voraussichtlicher Kapazitäten wie z.B.: - Vermarktungs-/Absatzstruktur

- Unternehmensentwicklung in den zurückliegenden Jahren
- voraussichtliche künftige Absatzentwicklung
- Marktsituation auf der geeigneten Beurteilungsebene
- erwartete Marktentwicklung, Marktanalysen, Einzelhandels- und Verbrauchertrends

10. *Vorausschau der Rentabilität*

des Vorhabens für die ersten drei Geschäftsjahre nach Durchführung des Vorhabens

	Rentabilität nach dem		
	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
Umsatz			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
= Bruttowertschöpfung			
- Personalkosten			
- sonstige betriebliche Aufwendungen			
- Abschreibungen			
- sonstige Erträge			
- Zinsen und andere Aufwendungen			
= Ergebnis vor Steuern			

11. *Stand der Inanspruchnahme früherer Zuschüsse des EAGFL bzw. nationaler Förderungen für Investitionen der Antragstellerin / des Antragstellers*

(Bewilligte Zuschüsse, Stand der Inanspruchnahme)

Bei geplanten Investitionen auf der Einzelhandelsstufe Auflistung der in den letzten drei Jahren erhaltenen De-minimis-Beihilfen im Sinne der VO(EG) Nr. 69/2001

☐ In den letzten drei Jahren habe ich folgende De-minimis Beihilfen erhalten bzw. beantragt

Datum Bew.- Bescheid	Zuwendungsgeber	Az.	Fördersumme € DM	Subventionswert € DM

¹⁾ Angabe, ob es sich um einen Klein- oder Mittelbetrieb handelt, der mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllt: Bilanzsumme < 6,2 Mio. Euro, Umsatz < 12,8 Mio. Euro, Beschäftigte < 250.

- ☐ In den letzten drei Jahren habe ich keine De-minimis Beihilfen erhalten bzw. beantragt

12. Erklärungen / Verpflichtungen

Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, dass

- 12.1** mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages (Auftragserteilung) zu werten;
☐ Es wird die Einwilligung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragt.
- 12.2** ihr / ihm bekannt ist, dass die Gewährung von Zuwendungen zu Investitionsausgaben unter dem Vorbehalt des Widerrufs erfolgt für den Fall, dass die geförderten
- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
 - technischen Einrichtungen innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren ab Lieferung
- veräußert oder verpachtet oder nicht den Zuwendungsvoraussetzungen entsprechend verwendet werden. Der Zeitraum verlängert sich bei technischen Einrichtungen um die Zeit, in der noch keine Auslastung aus Lieferverträgen nach Nr. 6.4.1 der Richtlinien erfolgt,
- 12.3** sie / er zum Vorsteuerabzug
- ☐ nicht berechtigt
- ☐ berechtigt ist und dies bei den Kostenangaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 12.4** die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- 12.5** ihr / ihm bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998, Fundstelle: Bundesgesetzblatt (BGBl) I, Seite 3322) sind. Das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen,
- 12.6** ihr / ihm bekannt ist, dass die zuständigen Stellen grundsätzlich verpflichtet sind, der Antragstellerin / dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zu ihrer / seiner Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich die Antragstellerin / der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden. Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV.NRW.20061)

- 12.7** ihr / ihm bekannt ist, dass von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
- 12.8** sie / er damit einverstanden ist, dass die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, dass sie / er oder ihr(e) / sein(e) Vertreterin / Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die Wirtschaftsgebäude bezeichnen und in diese begleiten, das Betretungsrecht, das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen wird,
- 12.9** ihr / ihm bekannt ist, dass die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit jährlich 3 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzinsen,
- 12.10** ihr / ihm bekannt ist, dass die Bewilligung der Zuwendung nach festgesetzten Prioritäten vorgenommen werden kann,
- 12.11** sie / er damit einverstanden ist, dass die Angaben zur Person und Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können und sie / er auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden ist,
- 12.12** sie / er die Bestimmungen der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) und ggfs. die Beruflichen Nebenbestimmungen (Nbest-Bau) zur Kenntnis genommen hat,
- 12.13** ihr / ihm bekannt ist, dass erforderlichenfalls eine Absicherung der Zuwendung über einen Grundbucheintrag oder eine Bankbürgschaft erfolgen muss,
- 12.14** sie / er die Mindestanforderungen in Bezug auf Umwelt, Hygiene und Tierschutz einhält, die von den für die Überwachung zuständigen öffentlichen Stellen gemachten Auflagen in diesen Bereichen werden vollständig beachtet,
- 12.15** ihr / ihm bekannt ist, dass sich die Europäische Union mit Mitteln aus dem EAGFL, Abt. Garantie, bis zu 25 v.H. an der Gesamtzuwendung beteiligt,
- 12.16** ihr / ihm die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter landwirtschaftlicher Produkte in gültiger Fassung bekannt sind.
- 12.17** ihr / ihm bekannt ist, dass - spätestens innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung der Investition – die Förderung des Projektes mit Mitteln des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen und Mitteln der Europäischen Union der Öffentlichkeit durch entsprechende Berichte in der Presse bekannt zu machen ist.

13. Anlagen

- ☐ 13.1 Rohwareneinsatz und verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse
- ☐ 13.2 Beglaubigter Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister
- ☐ 13.3 Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag

- ☐ 13.4 Darstellung der wirtschaftlichen Lage; Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 3 Jahre (vgl. Nr. 7)
- ☐ 13.5 Gutachten über die betriebswirtschaftliche Rentabilität und die Kapazitätsauslastung der geplanten Maßnahmen
- ☐ 13.6 Bankbestätigung über die Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen mit Angabe der Darlehenskonditionen (vgl. Nr. 4.2)
- ☐ 13.7 Grundbuchauszug bzw. Pachtvertrag
- ☐ 13.8 Vollständige Entwurfszeichnungen, Auszug aus der Flurkarte und Lageplan mit Einzeichnung der zur Bebauung und Befestigung vorgesehenen Flächen
- ☐ 13.9 Erläuterungsbericht des Architekten mit genauer Beschreibung der Baumaßnahmen und Ausführungsart sowie Beschaffenheit des Baugrundes
- ☐ 13.10 Bericht über den Stand der erforderlichen Genehmigungen, die – soweit vorhanden – beizufügen sind
- ☐ 13.11 Bau- und Raumprogramm
- ☐ 13.12 Kostenberechnung, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276
- ☐ 13.13 Flächenberechnung und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277
- ☐ 13.14 Bauzeitplan
- ☐ 13.15 Firmenangebote mit Preisangaben über die zur Beschaffung vorgesehenen Maschinen und Geräte
- ☐ 13.16 mit Erzeugern / Erzeugerzusammenschluss / Erzeugergemeinschaft abgeschlossene Lieferverträge (vgl. Nr. 8.3)
- ☐ 13.17 Beschreibung des Vorhabens (vgl. Nr. 6.1)
- ☐ 13.18 Vergleich der technischen Kapazitäten (vgl. Nr. 6.4)
- ☐ 13.19 die dem Erzeugerzusammenschluss zugrunde liegenden Verträge und sonstige Unterlagen, die die Konzeption des Erzeugerzusammenschlusses aufzeigen
- ☐ 13.20 vollständige Liste der Erzeugerinnen und Erzeuger, die dem Erzeugerzusammenschluss angehören mit Namen und Anschrift
- ☐ 13.21 Erzeugungsregeln, nach denen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse produziert werden; Angabe der unabhängigen Kontrollstelle / des Verbandes, die / der die Einhaltung der Erzeugungsregeln kontrolliert
- ☐ 13.22 Angabe der unabhängigen Kontrollstelle, die die Einhaltung der Aufbereitungsregeln landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel kontrolliert
- ☐ 13.23 2. Ausführung des Antrages (nur wenn Zuwendung für Baumaßnahmen > 250.000 Euro)

(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Anlage 1: Rohwareneinsatz und verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse

Rohwareneinsatz des Unternehmens (=Input)

(Jahr vor Maßnahmerealisierung; Vorausschau für 3 Jahre nach Maßnahmerealisierung)

[illegible]

Bezug der zu verarbeitenden / vermarktenden Erzeugnisse (= Input)

Erzeugnis	Bezugsquelle	Input-Anteil in %

Verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse des Unternehmens (=Output)

(Jahr vor Maßnahmerealisierung; Vorausschau für 3 Jahre nach Maßnahmerealisierung)

[illegible]

Absatzwege / Vermarktungsstruktur der Erzeugnisse (= Output)

Erzeugnis	Absatzweg/Vermarktungsstruktur	Output-Anteil in %

¹⁾ Angabe, ob es sich um einen Klein- oder Mittelbetrieb handelt, der mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllt: Bilanzsumme < 6,2 Mio. Euro, Umsatz < 12,8 Mio. Euro, Beschäftigte < 250.